



Von Thorsten Grimm, stellvertretender Bundesvorsitzender

Es geht um den Erhalt unserer Demokratie – es geht um Europa

Am 9. Juni finden die Europawahlen statt. Eine richtungsweisende Wahl, die Zeugnis davon geben wird, wie wehrhaft unsere Demokratie, wie standhaft Deutschland und Europa ist, geprägt von der

Frage, wie sich künftig auch Sicherheit in Europa gestalten wird.

Wir leben innen- wie außenpolitisch, polizeilich wie sicherheitstechnisch gesehen in hoch bewegten Zeiten. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der 7. Oktober mit dem Angriff der Hamas auf Israel und den darauffolgenden kriegerischen Auseinandersetzungen haben das gesamte Sicherheitsgefüge Deutschlands, aber auch Europas gehörig ins Wanken gebracht. Deutschland wird zunehmend durch weltpolitische und wirtschaftliche Einflüsse unterwandert, Spione werden eingeschleust und wir sind mehr denn je auf geheimdienstliche Erkenntnisse unserer europäischen sowie NATO-Partner angewiesen, weil eigene Informationen beziehungsweise auch die rechtlichen Grundlagen fehlen, entsprechende Informationen zu sammeln, zu speichern und zu verwerten.

Hinzu kommt die Tatsache, dass die politischen Extreme in unserem Land die Schwächen erkannt haben und gnadenlos ausnutzen. Von allen Seiten wird die Stimmung in der Bevölkerung angeheizt. Das spiegelt sich zum einen in der zuletzt veröffentlichten Statistik wider, wonach die Zahl der politisch motivierten Straftaten auf einen absoluten Höchststand gestiegen ist. Vor allem, und das muss uns alle in Anbetracht der historischen Betrachtung mit größter Bestürzung erfüllen, dass die Anzahl der antisemitischen Straftaten auf 1927 gestiegen ist, die allermeisten begangen nach dem 7. Oktober 2023. Das sind Zustände, die offenbar fälschlicherweise der Vergangenheit zugerechnet wurden.

Die Zahlen rechts motivierter Kriminalität sind ebenso in allen Bereichen auf Höchststände gestiegen wie die links motivierter Kriminalität. Islamistische Gewalttaten beziehungsweise der Aufruf dazu ebenfalls mit stark steigender Tendenz. Rechte Parolen werden bei Veranstaltungen öffentlich propagiert, aktiv Stimmung gegen Migranten und Flüchtlinge gemacht, und das bis hoch zu Spitzenpolitikern. Linksextremistische Gruppierungen rufen öffentlich zu „Störaktionen“ auf und führen diese auch durch.

Auf unseren Straßen hat der Aufruf zur Ausrufung eines Kalifats im Rahmen von Versammlungen und Kundgebungen mit blutrünstigen Forderungen Einzug erhalten.

All das trägt dazu bei, dass Deutschland sich zu einem Pulverfass der

Extremen entwickelt und man eigentlich nur darauf warten muss, wann an welcher Stelle etwas hochgeht.

Und am Ende wird all das auch auf dem Rücken der Polizei ausgetragen. Es ist die Polizei, die ständig im Feuer steht zum Schutz der Versammlungen, Veranstaltungen und Kundgebungen und sich dem Zorn der Gegenveranstaltungen aussetzen muss. Es ist die Polizei, die sich in brandgefährliche Einsätze begeben muss und all diese Straftaten aufnehmen, aufklären und ermitteln muss.

Und was macht die Politik und unsere Regierung? Auf jeden Fall zu wenig! Verheerende Statistiken zu benennen und täglich großes Unverständnis sowie Bestürzung zum Ausdruck zu bringen, wird der gesellschaftlichen Verantwortung einer Regierung nicht mehr gerecht, denn es verrutscht in diesem Land etwas so richtig.

Was die Bevölkerung zu Recht erwartet, und im Übrigen auch wir als DPoIG für unsere Polizisten und Polizistinnen im Einsatz, ist konsequentes Vorgehen gegen jede Art der Extreme, ist die unbedingte Gewährleistung der inneren und auch äußeren Sicherheit unseres Landes, ist die Schaffung der dafür notwendigen rechtlichen Grundlagen sowie deren Anwendung. Nicht zuletzt dann auch die ausreichende taktische und technische Ausstattung der Polizei in allen Bereichen. Unnötig an dieser Stelle zu betonen, dass es mit dem bestehenden Personalkörper der Bundes- und Länderpolizeien nicht zu machen ist.

Demokratiefeinde jeder Art dürfen bei uns nicht den Hauch einer Chance haben und ihnen muss mit aller staatlichen Härte begegnet werden. Zu wertvoll sind der Aufbau unseres Staates und die Werte unseres Grundgesetzes, das nun gerade 75 Jahre alt geworden ist. Auch deshalb ist der massive Anstieg der Gewalttaten gegen politisch aktive Menschen, egal welcher politisch legitimierten Partei zugehörig, unerträglich. Genau wie bei Taten gegen Polizeibeamte bedeutet jeder einzelne Angriff hier einen Angriff auf den Staat und die Demokratie. Die Strafe muss auf dem Fuße folgen. Das ist vor allem Verpflichtung der Politik, aber auch jeder Einzelne muss seinen Beitrag zum Erhalt der Demokratie leisten.